

Ausblick: Wie wirkt sich die neue Regierung auf das Mietrecht aus Überlegungen des Mieterschutzbund e.V.

Recklinghausen, Oktober 2017 – Die Bundestagswahl hat keinen eindeutigen Sieger hervorgebracht. Nach aktuellem Stand wird die neue Regierung aus der CDU/CSU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen bestehen. Unterschiedliche Standpunkte und Meinungen – auch zum Thema Mietrecht. Was kommt also in dem Bereich auf die Mieter zu? Ein Ausblick.

Es ist vollbracht, das Volk hat gewählt. Und ca. 87 Prozent haben sich gegen Rechtspopulisten entschieden – möchte man den Wahlausgang positiv bewerten. Noch laufen die Koalitionsverhandlungen, noch wird geprüft, wer mit wem, wann und zu welchen Bedingungen. Jamaika heißt das Zauberwort und schwarz-gelb-grün dominiert aktuell die Illustrationen und Fotomontagen zu politischen Berichten und Ausblicken auf das, was da kommen wird. „Klar ist, dass es schwierig wird, zu den meisten politischen Themen einen schnellen und gütlichen Konsens zu finden“ kommentiert Claus O. Deese vom Mieterschutzbund e.V. die mögliche Jamaika-Koalition „Das gilt auch für das Thema Mietrecht, bei dem komplett verschiedene Standpunkte aufeinandertreffen, wenn man sich die Wahlprogramme anschaut.“ Demnach möchte **die CDU/CSU** 1,5 Millionen neue Wohnung bauen, um den Wohnungsmarkt zu entlasten und ausufernden Mieten Einhalt zu gebieten. Der Neubau soll staatlich gefördert und ein Versuch gestartet werden, die degressive AfA (Absetzung für Abnutzung) für einen begrenzten Zeitraum einzuführen. Eine Verschärfung der Mietpreisbremse wird allerdings abgelehnt. Dazu Claus O. Deese: „Das wundert mich nicht, denn schon bei der Gesetzgebung 2015 wurden von CDU/CSU so viele Ausnahmen in das Gesetz reingedrückt, dass die Mietpreisbremse keine positive Wirkung entfalten konnte.“ Die Mietpreisbremse sollte verhindern, dass Vermieter zukünftig nicht mehr die Mieten bei einer Neuvermietung nehmen können, die der Markt hergeben würde.

Bündnis 90 / Die Grünen

Hier könnte es bereits erste Spannungen geben, denn Bündnis 90/Die Grünen möchte die Mietpreisbremse dringend verschärfen, „ohne Hintertür“ und diese u.a. zehn anstatt nur fünf Jahre laufen lassen. Der Neubau von Mietwohnungen ist allerdings ebenfalls geplant. Eine Million

Pressemitteilung



Wohnungen sollen gebaut werden, mit dem Zweck, günstigen Wohnraum zu schaffen, Genossenschaften zu beleben und den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern. Darüber hinaus soll das „Raussanieren“ bekämpft und der Kündigungsschutz verbessert werden. Auch der Mietspiegel ist Thema im Parteiprogramm: Er soll die ökologische Gebäudequalität berücksichtigen und die Miethöhen über einen längeren Zeitraum abbilden. Das Wohngeld, das im Januar 2016 erhöht wurde, soll verdoppelt und dynamisch angepasst werden. Dazu Claus O. Deese, Geschäftsführer des Mieterschutzbund e.V.: „Sozial schwächere Haushalte erhalten inzwischen durchschnittlich 39 Prozent mehr Wohngeld, diese Erhöhung war auch dringend notwendig. Die zukünftige Bundesregierung sollte im Blick haben, dass das höhere Wohngeld nicht den Mangel an günstigen Mietwohnungen aufwiegt, denn hohe Wohngeldzahlungen subventionieren letztendlich nur hohe Mieten.“ Und weiter: „Es wird interessant sein zu sehen, wie sich die unterschiedlichen Forderungen“ vereinbaren lassen.“

FDP

Richtig interessant wird es, wenn die FDP ihre Forderung nach Abschaffung der Mietpreisbremse in den Ring wirft. Begründung: Die Mietpreisbremse verhindere eine Investition in mehr Wohnraum. Damit stehen drei unterschiedliche Standpunkte zu dem Thema zur Diskussion. Die Liberalen fordern alternativ eine Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung. Die bislang jährlich 500 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellt, versickern nach Ansicht der FDP zum großen Teil in den Kassen der Länder und Städte. Daher soll die zukünftige Summe zweckgebunden sein. Auch fordert die Partei – wie Bündnis 90 / Die Grünen – eine Verbesserung des Wohngeldes, das an die jeweilige Mietentwicklung des Wohnortes angepasst wird. Auch das Thema Sozialwohnung steht auf der Agenda: Die Berechtigung dafür soll auf diejenigen Mieter begrenzt werden, „die auf dem freien Wohnungsmarkt auch mit einem Wohngeldanspruch erfolglos bleiben, weil Vermieter sie trotz ihrer Zahlungsfähigkeit nicht akzeptieren.“ Dazu Claus O. Deese: „Ein interessanter Ansatz. Ändern muss sich dort auf jeden Fall etwas, denn das aktuelle System im Hinblick auf Sozialwohnungen hinkt. Wir brauchen einen bestimmten Prozentsatz an Wohnungen, die dem Kapitalmarkt dauerhaft entzogen werden“.

Pressemitteilung



Es wird sicher noch eine Weile dauern, bis sich die zukünftige Regierung formieren und erste gemeinsame Beschlüsse verkünden wird. Das Mietrecht ist laut den jeweiligen Wahlprogrammen ein wichtiger Bestandteil für jede Partei. Bleibt zu hoffen, dass es aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen der Koalitionsparteien nicht das Stiefkind wird, mit dem man sich erstmal nicht beschäftigen möchte.

4.945 Zeichen (inkl. Leerzeichen)

Der Mieterschutzbund e.V. (www.mieterschutzbund.de) hat über 36.000 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet, deren Interessen kompetent vertreten werden. Der Hauptsitz des Mieterschutzbundes ist in Recklinghausen, weitere Büros gibt es in Bochum, Bottrop, Dortmund, Herne und Wuppertal.

PRaffairs, die Agentur für Kommunikation, Medien und Marken, berät überwiegend Unternehmen mit den Schwerpunkten Nahrungs- und Genussmittel, Wohnen/Leben/Reisen sowie Medizin & Gesundheit. Die Agentur ist spezialisiert auf klassische PR-Instrumente, Medienentwicklung und Online-Relations.

Pressekontakt/Belegexemplare:

PRaffairs GbR

Ines Axen

Alte Volksparkstraße 24, 22525 Hamburg

T: 040/429 347 090

E: info@pr-affairs.de

W: www.pr-affairs.de